

FAW/N – REPORT

DAS „KLIMAGEFÄNGNIS“

Wie aktuelle Narrative und Regulierungen den Weg zu
wirkungsvollem und ökonomisch sinnvollem Klimaschutz verbauen

Franz Josef Radermacher¹

Mai 2025

¹ Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. Franz Josef Radermacher, Vorstand des Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung/n (FAW/n), stellv. Vorstandsvorsitzender von Global Energy Solutions e. V. (Ulm), Professor (emeritiert) für Informatik, Universität Ulm, 2000 – 2018 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI), von 2010 bis Februar 2021 Präsident des Senats der Wirtschaft e. V., Bonn, seit Februar 2021 Ehrenpräsident des Senats der Wirtschaft e. V., Bonn, Ehrenpräsident des Ökosozialen Forum Europa, Wien, Senior Mitglied des UN-Council of Engineers for the Energy Transition (CEET), sowie Mitglied des Club of Rome, Winterthur

Abstract

Die Situation Deutschlands ist in Bezug auf den Klimaschutz in zweifacher Hinsicht tragisch: Zum einen wird mit dem bisherigen Vorgehen für den Schutz des Klimas als weltweite Herausforderung im Wesentlichen nichts erreicht. Die weltweiten Emissionen steigen weiter an. Zum anderen erzeugt dieser Weg extrem hohe vermeidbare Kosten, unter denen unser Land und vor allem auch große Teile der Wirtschaft leiden. Die ökonomischen und sozialen Kollateralschäden des eingeschlagenen Weges sind deutlich sichtbar. Dabei gibt es neben vielen Verlierern dieses Weges auch Profiteure, die dazu beigetragen haben, dass die Dinge aktuell so geregelt sind wie sie sind, und versuchen, Veränderungen des Status Quo weitestgehend zu verhindern. Weil eine gesamtwirtschaftliche Bewertung des Bisherigen so klar negativ ausfällt, versucht die neue Regierung neue Wege einzuschlagen, muss sich aber im engen Rahmen der Freiräume erfolgter Vorabsprachen bewegen. Man kann ihr nur Erfolg auf diesem Weg wünschen, denn wir brauchen ihn dringend. Allerdings ist dies leichter gesagt als getan, denn Deutschland ist in einem regulatorischen „Klimagefängnis“ gefangen. Ein technologieoffeneres und internationales Vorgehen, das die Kosten der Transformation massiv absenken und dem Klimaschutz sehr viel mehr dienen würde, wird durch die aktuelle, in den letzten Jahren entstandene Regulierung, die tief gestaffelt auf verschiedenen Ebenen wirkt, extrem erschwert. Den Menschen, der Wirtschaft und dem Klima ist zu wünschen, dass mit der neuen Regierung eine Befreiung aus diesem „Gefängnis“ gegen alle bestehenden Widerstände gelingt.

Gesellschaftssysteme als Gefängnis

Vor dem Hintergrund aktueller Erkenntnisse über den Klimawandel und seiner Bekämpfung ist das Anliegen dieses Beitrags, zu einem raschen Stopp der Erderwärmung beizutragen. Wahrscheinlich ist die Gesamtproblematik viel komplexer, als sie heute meist diskutiert wird (etwa bzgl. der Rolle der Meere zur

Absorption von CO₂). Dies wird nicht thematisiert. Menschengemachte CO₂-Emissionen werden als der Haupttreiber des Klimawandels angesehen. Vor diesem Hintergrund ist die Frage im Raum, wie man die Emissionen absenken kann, wer dafür zuständig ist, und wie man diesen Prozess organisiert, um bestmögliche Wirkung zu erzielen.

In diesem Kontext von einem Klimagefängnis zu sprechen, begründet sich wie folgt: Wir werden in Deutschland regulativ daran gehindert, die Dinge zu fördern, die sinnvoll und ökonomisch vernünftig wären. Es resultieren sehr hohe Kosten, um im Wesentlichen keinen Beitrag zur Lösung des Klimaproblems in seiner weltweiten Dimension zu leisten. Das aktuelle Narrativ zum Klimaschutz ist nicht geeignet, breites Bewusstsein für diesen Missstand zu erzeugen.

Aus der Notwendigkeit zum Klimaschutz resultiert die Verpflichtung für jedes Individuum, die von ihm verantworteten CO₂-Emissionen zu reduzieren und dort, wo dies (noch) nicht möglich ist, an anderer Stelle Maßnahmen mit positiver Klimawirkung zu finanzieren. Die Umsetzung dieser Verpflichtung führt zu **individueller bilanzieller Klimaneutralität (Net Zero)**. Das bedeutet, dass durch die eigene Existenz die Atmosphäre bilanziell nicht mit zusätzlichem CO₂ belastet wird. Dabei sollte es jedem Individuum erlaubt sein, sich für seinen Weg zur Klimaneutralität (oder gar Klimapositivität) kostengünstige und weltweit wirksame Wege zu suchen und entsprechend zu agieren. **Leider ist das in Deutschland nicht erlaubt.**

Nun ist das kein unbekanntes Muster. In Deutschland und in vielen anderen Ländern haben Menschen Erfahrungen damit gemacht, dass sie über ein politisch-gesellschaftliches System gezwungen werden, sich zur Erreichung (vorgegebener) gesellschaftlicher Ziele (hier Absenkung der individuell verantworteten CO₂-Emissionen) bestimmten gesellschaftlich vorgegebenen Vorgehensweisen zu unterwerfen, auch wenn sie diese Wege ablehnen und es im jeweiligen Einzelfall sehr viel wirksamere, preiswertere, zugleich stärker die Freiheit fördernde Lösungen zur Erreichung der Ziele gibt, als diejenigen, die ihnen vorgeschrieben werden. In Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) gilt in

einer vergleichbaren Situation das Prinzip, dass einschränkende Regelungen nur dann zulässig sind, wenn es keine alternativen Regelungen gibt, die ebenfalls die Zielerreichung erlauben, aber mit weniger, die Freiheit einschränkenden Regeln verbunden sind.

Die Metapher eines **Gefängnisses** fällt einem Beobachter sofort ein, wenn man an die Zwänge denkt, die auf die Menschen in Ägypten oder in Lateinamerika beim Bau der Pyramiden ausgeübt wurden. Oder diejenigen Zwänge, die wir im Umgang mit der Pandemie vor Kurzem erlebt haben. Dasselbe gilt für junge Menschen als „Kanonenfutter“ in einem Krieg, insbesondere in einem nicht notwendigen Angriffskrieg. Hat das Gefängnis Ausgänge, entziehen sich viele Betroffene. So entziehen sich in der Ukraine und in Russland aktuell Wehrpflichtige dem Kriegsdienst durch Flucht. Wir denken auch an ein Gefängnis in Verbindung mit der DDR nach dem Bau der Mauer oder in Bezug auf Ausreisewillige im Dritten Reich. Aber darum geht es in dem vorliegenden Beitrag nicht, es geht um das **„Klimagefängnis“** - und zwar in Deutschland. Dies ist ein Gefängnis, das jeden von uns und alle Unternehmen in unserem Land dazu zwingt, eine individuelle (prinzipiell nicht in Frage gestellte!) Verpflichtung zum Klimaschutz (Absenkung bzw. Kompensation der CO₂-Emissionen im eigenen Bereich) nicht nach eigenen Vorstellungen wirkungsvoll vorzunehmen, sondern stattdessen zu diesem Zweck gesellschaftlich vorgegebene Wege zu beschreiten, die prohibitiv hohe Kosten für jeden zur Folge haben und in der Sache (d. h. für das Klima als internationale Herausforderung) nichts Positives beitragen.

Was ist das Klimagefängnis?

Der Klimaschutz hat in unserem Land einen hohen Stellenwert. Man hört viele Stimmen, die – häufig sehr aufgeregt - beschreiben, wie schlimm es wegen des Klimawandels um die Welt steht und dass dringend mehr getan werden muss, um das Klima zu stabilisieren. Dieses Muss wird im aktuellen Narrativ in die Forderung eines rein heimischen Absenkens des CO₂-Ausstoßes übersetzt. Die

Menschen sollen in dieser Philosophie in die Pflicht genommen werden und sich mit dem Thema der Reduktion ihrer CO₂-Emissionen beschäftigen. Insoweit, als die Absenkung des CO₂-Ausstoßes individuell in kluger Weise vorgenommen werden kann, ist das auch die Position dieses Textes. Abgelehnt wird hingegen die Vorgabe des Weges, sein Ziel in einer Weise zu erreichen, die extrem teuer ist, aber für das Weltklima nichts Positives bewirkt.

Ausgangspunkt aller Argumentation ist der **Paris-Vertrag aus 2015**, in dem sich die Staaten der Welt (angeblich in einer völkerrechtlich verpflichteten Weise) dazu verpflichtet haben, CO₂-Emissionen zu reduzieren, um die Erwärmung der Erde im Verhältnis zur vorindustriellen Zeit möglichst unter 2 °C Celsius zu halten, all das angeblich völkerrechtlich bindend. Das noch ambitioniertere Ziel, möglichst nur 1,5 °C Erwärmung zuzulassen, muss heute schon als sicher „gerissen“ angesehen werden, entspricht es doch im Mittel der bereits bestehenden Erwärmung. Dennoch wird es weiterhin - oftmals gebetsmühlenartig - als das zu erreichende Ziel positioniert.

Nun wurde aber **in Paris nichts völkerrechtlich Verbindliches beschlossen**. Dem hätte z. B. die USA niemals zugestimmt. Auch ist es logisch unmöglich, ein kollektives Ziel verpflichtend zu beschließen, wenn die Pflichten der Partner nicht geregelt sind und zudem keine Sanktionsmöglichkeiten bestehen. Interessanterweise sind die USA bereits einmal aus dem Abkommen ausgeschieden, dann wieder beigetreten und werden jetzt wieder austreten. Eventuellen Verpflichtungen, die es auf einzelne Länder bezogen ohnehin gar nicht gibt, kann man sich also einfach durch Austritt entziehen, was bedeutet, dass es diese Verpflichtungen im Sinne völkerrechtlich bindender Erfordernisse nicht gibt. Hinzu kommt, dass absolute Reduktionsverpflichtungen bzgl. CO₂-Emissionen in Paris nur für die Industrieländer formuliert wurden. **Entwicklungs- und Schwellenländer dürfen ihre Emissionen aus guten Gründen weiter erhöhen**. Sie haben insofern lediglich zugesagt, die CO₂-Intensität ihres Wirtschaftswachstums zu verbessern. In den Kreis dieser Länder fällt auch China, heute der weltweit größte Emittent mit etwa einem Drittel der weltweiten CO₂-

Emissionen. China darf und wird diese Emissionen weiter erhöhen, zumindest noch bis 2030.

Die Politik in Europa hat allerdings die Behauptung, es gäbe eine völkerrechtliche Verpflichtung, beständig im Raum gehalten, unterstützt durch „Heerscharen“ von Unterstützern im Bereich der NGOs und der Medien und gezielt dazu genutzt, durch eigene Gesetzgebungen Verpflichtungen zu generieren, die dann tatsächlich Wirkung entfalten. Diese Verpflichtungen wurden und werden der Bevölkerung mit der Behauptung kommuniziert, es handele sich um völkerrechtlich bindende Verpflichtungen aus dem Paris-Abkommen von 2015. Mit den auf diese Weise durchgesetzten Verpflichtungen in der EU beginnt der Eintritt in das „Klimagefängnis“. In diesem Kontext ist es wichtig daran zu erinnern, dass viele in Deutschland bestehende Zwänge, die aus EU-Festlegungen resultieren, von deutscher Seite massiv über die EU gefördert wurden. Deutschland hat eine starke Position in der EU und ist ein großer Treiber der EU-Politik im Klimabereich der letzten Jahre und Jahrzehnte.

Die Ausgangsfrage des vorliegenden Textes ist die folgende: Welche in Bezug auf Wirksamkeit und ökonomische Vernunft sinnvollen Forderungen können in der gegebenen Ausgangssituation und vor dem Hintergrund der bestehenden Herausforderungen im Klimabereich an Menschen und Unternehmen gestellt werden? Man ist sich einig, dass CO₂-Emissionen für das Klima und für die Welt ein zentrales Problem sind und würde sich unter verständigen Menschen wohl darauf einigen können, dass jeder, der dazu in der Lage ist, dazu verpflichtet wird, seinen Beitrag zu erbringen, um (mittels CO₂- Reduktion, -Vermeidung oder Finanzierung weiterer Klimaschutzmaßnahmen) perspektivisch als Individuum klimaneutral zu werden. Dazu müssen eigene Emissionen zurückgebaut oder kompensiert werden. Eine weitere positiv zu bewertende Maßnahme wäre das Entfernen von CO₂ aus der Atmosphäre (Carbon Dioxide Removal).

Dabei sollte als Tatsache anerkannt werden, dass das Klima ein globales Problem ist und dass erzeugte CO₂-Emissionen (egal, wo sie auf dem Globus auftreten) die gleiche (tendenziell negative) Wirkung auf die Klimasituation haben.

Ebenso, dass Einsparungen von CO₂-Emissionen, egal wo sie auf der Erde erfolgen, die gleiche (tendenziell positive) Wirkung haben. Es ist außerdem leicht einzusehen, dass die Dynamik in Richtung weiterer Emissionen in Zukunft insbesondere aus den legitimen Wohlstandsanliegen ärmerer Länder resultiert, die, wie bereits erwähnt, gemäß UN-Logik ihre CO₂-Emissionen noch erhöhen dürfen (dabei allerdings die Energieintensität ihrer Gesellschaften, also die CO₂-Emissionen pro Einheit BIP, reduzieren sollen). Diese Staaten haben auch das Recht, ihre Ressourcen zu nutzen, so wie wir das in den Industrieländern auch tun. In einer Welt, in der die Bruttoenergie nach wie vor zu 70-80% fossilen Ursprungs ist, ist der Umgang mit diesen Ressourcen ein großes Thema. Die Entwicklungs- und Schwellenländer dürfen diese Ressourcen nutzen, so wie die reichen Länder dies schon immer getan haben und dies auch heute ebenfalls noch in großem Umfang tun.

Was heißt das? Gemäß Vereinbarung (Paris-Logik) sollen Menschen in reichen Ländern ihre Emissionen absenken, wobei immer zu überlegen ist, dass in 128 Entwicklungs- und Schwellenländern z. T. **erhebliche Emissionszuwächse** zu erwarten sind. Die berechtigte Frage ist, wie sich jeder Mensch, vor allem in den Industrieländern, in einer solch schwierigen Gemengelage geeignet in die zugegebenermaßen schwierigen Herausforderungen einbringen kann, zur Problemlösung adäquat beizutragen. Anders ausgedrückt: wie werden Menschen in Industrieländern / in Deutschland durch die Politik des eigenen Landes dazu motiviert oder gezwungen, sich in einer bestimmten vorgegebenen Weise in Richtung Zielerreichung einzubringen?

Da in der Zukunft die Dynamik bzgl. der CO₂-Emissionen in den Entwicklungs- und Schwellenländer liegen wird und in diesen Ländern außerdem Emissionen relativ betrachtet am preiswertesten reduziert werden können und außerdem solche Reduktionen in diesen Ländern, wie etwa durch großflächige Humusbildung in Böden, in der Regel viele **Co-Benefits** haben (auch mit Blick auf die Agenda 2030), spricht aus sachlichen Gründen vieles dafür, eigene „Verpflichtungen gegenüber der Menschheit“ zur Absenkung von CO₂-Emissionen auch und gerade dadurch zu erbringen, dass man sich zum Beispiel in die

Finanzierung der Bindung von CO₂ in den Böden oder bei anderen emissions-reduzierenden Maßnahmen in den Entwicklungs- und Schwellenländern aktiv einbringt.

Bei der **COP29 in Baku** wurde mit dem Artikel 6 endlich ein wichtiger Teil des Paris-Abkommens verabschiedet, der die Zulässigkeit dieser Vorgehensweise gewährleistet. Allerdings muss dazu die eigene Regierung, z.B. die deutsche, mit einem Entwicklungs- und Schwellenland eine entsprechende Abmachung schließen. In Deutschland hat man dies im Gegensatz zur Schweiz bisher nicht gemacht. Ganz im Gegenteil werden solche vernünftigen, international verabredeten Lösungen der CO₂-Kompensation außerhalb Deutschlands in unserem Land gerne als „**Freikauf/Ablasshandel**“ diffamiert und extrem erschwert. CO₂-Emissionen sollen nach deutscher Logik in Deutschland reduziert werden (egal wie teuer). Das generiert Einkommen für manche deutsche Firmen und Jobs für manche Bürger des eigenen Landes. Die völlig überhöhten Kosten relativ zu den bewirkten CO₂-Reduktionen werden nicht thematisiert. Gleichzeitig wird den ärmeren Ländern durch dieses Verhalten adäquate Hilfe vorenthalten, obwohl dort ständig – und in erlaubter Weise – signifikante CO₂-Wachstumsprozesse stattfinden, womit das Klimaproblem immer weiter verschärft wird.

Die Union hat in den Koalitionsverhandlungen vorsichtig vorgeschlagen, das deutsche und europäische Klimaschutzgesetz so anzupassen, dass Klimaziele auch in Ländern außerhalb Europas erfüllt werden können.² Die Gegenseite („Gefängniswärter“) sprachen gleich von einem „riesigen Rückschritt“ für den Klimaschutz. Das Thema sei seit vielen Jahren erledigt (in Baku offenbar nicht!). Deshalb wurde in den Koalitionsverhandlungen leider erneut bekräftigt, dass Klimaziele vorrangig durch CO₂-Reduktionen erreicht werden sollen. Nur Restemissionen dürfen kompensiert werden und das nur in sehr geringem Umfang (3 Prozent). Das widerspricht fundamental dem Ansinnen des Artikel 6 des Pariser Klimaabkommens.

² Zaremba, Nora Marie: Kritik am Unionsvorschlag zur CO₂-Kompensation, Tagesspiegel Background, 31.03.2025

Bestimmte Klimaexperten („Gefängniswärter“) behaupten, Artikel 6 sei hoch umstritten. Umweltorganisationen protestieren vehement gegen eine Öffnung. Das ist die Phalanx der „Gefängniswärter“. Die Mittel für Klimaschutz sollen nicht in den globalen Süden fließen, wo mit wenig Geld große Emissionsreduktionen bewirkt werden könnten. Nein, das Geld soll im Land ausgegeben werden, egal wie ineffizient und teuer die geförderten Maßnahmen sind. Auch hier tätige NGOs profitieren von öffentlichen Mitteln. Umweltorganisationen protestieren deshalb vehement dagegen, die Klimagesetzgebung zu ändern. Das 2045-Ziel soll ein rein **heimisches Reduktionsziel** bleiben.

Dass es auch anders geht, beweist die Schweiz, die einen substantiellen Teil der Schweizer Klimaabgaben dafür nutzt, in Lateinamerika und anderen Ländern, z.B. in klimaschonende Waldprojekte oder auch in technischen Klimaschutz zu investieren.

Es gibt zu denken, dass es den Deutschen nicht ermöglicht wird, auf diese Weise (gegebenenfalls auch mit einem Sicherheitszuschlag bezogen auf die angestrebte CO₂-Reduktion), dem auf sie zurückgehenden CO₂-Ausstoß mit internationalen Maßnahmen zu begegnen. Das wird nicht erlaubt, insbesondere nicht in dem Sinne erlaubt, dass die Bürger deshalb von anderen (teureren) Klimaschutzmaßnahmen in Deutschland befreit würden. Zu den anderen Maßnahmen gehören Klimaabgaben, eine Verpflichtung zur Teilnahme am europäischen Cap and Trade-System und andere ordnungsrechtliche Vorgaben. Etwa: Regelungen über Antriebstechnologien, die genutzt werden dürfen, Regelungen, die letzten Endes auf ein Verbrenner-Verbot hinauslaufen und uns über die nächsten Jahrzehnte dazu zwingen sollen, Elektroautos zu benutzen, obwohl diese wegen der hohen, mit der Produktion der Batterien verbundenen CO₂-Emissionen und wegen der hohen CO₂-Belastungen beim aktuellen deutschen, stark Kohle-lastigen Strom-Mix häufig erst bei Laufleistungen über 100.000 km beginnen, etwas weniger GHG-Emissionen im Gesamten-Lebenszyklus zu erreichen, als die bisherigen Verbrenner.

Ein ähnlich gravierender Umbau ist für LKWs geplant, wobei dies noch weniger vernünftig ist als die Planungen bei PKW. Aber was sollen Speditionen machen? Sie sitzen, genau wie die Bürger, ebenfalls im deutschen Klimagefängnis.

Erwähnen muss man an dieser Stelle auch die strikte Ablehnung der **Nuklear-energie** in Deutschland und die Schließung der letzten Atomkraftwerke in unserem Land in einer Situation höchster Kosten-Not im Bereich Strom für heimische Unternehmen. Es lohnt sich an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass die CO₂-Emissionen pro Kopf in Frankreich bei einem Fünftel der deutschen Emissionen liegen. Natürlich sind die heutigen **Atomkraftwerke problematisch wegen Unfallrisiken und Entsorgung**. Was ist in dieser Lage aber unser Hauptproblem: CO₂-Emissionen rasch absenken oder Risiken der Nuklearenergie zu beseitigen, mit denen die Welt nun schon lange lebt? Der technische Fortschritt eröffnet an dieser Stelle einen Weg aus dem Dilemma (vgl. Fußnote 4). Deutlich wird in diesem Kontext, wie ein „Klimagefängnis“ funktioniert. In einem Gefängnis kommt es auf logische Stringenz nicht an, alles wird über Macht geregelt. Und auf eine rasche Absenkung der CO₂-Emissionen kommt es in Deutschland offenbar nicht an.

Wenn also im Weiteren von einem Klimagefängnis für Deutschland die Rede ist, ist damit gemeint, dass mit Blick auf den dominanten Klimadiskurs bestimmte Akteure in der Politik Regelungen durchsetzen, die vom Typ **„Klimanationalismus“** sind (wir kümmern uns um das Klima mit unserem Geld nur im eigenen Land), und die zudem einer Philosophie **„All-Electric“** folgen, die extrem teuer ist, wegen der durch die Volatilität der erneuerbaren Energien erzeugten Systemkosten. Und dies in einer geografischen Region, die für eine fast vollständige Abhängigkeit von PV und Wind besonders schlechte, und damit in der Konsequenz teure Voraussetzungen hat.

Wir werden in die Finanzierung solcher Lösungen hineingezwungen, und müssen auch mit den Nachteilen und der Geldvernichtung solcher Lösungen leben (geschätzt mindestens 130 Milliarden Euro pro Jahr, vgl. Fußnote 7). Das gilt auch für unsere Firmen, die zum Teil mit extrem hohen Energiekosten

konfrontiert sind, weil wir den teuren „All-Electric“-Weg gehen und in Deutschland alternative und günstigere Wege des Klimaschutzes, z. B. das Abfangen von CO₂ an fossilen Kraftwerken, **verboten** sind. Viele mittelständische Unternehmen gehen insolvent oder müssen ganz oder teilweise das Land verlassen. Wir verfolgen in der deutschen Politik Vorstellungen, die kaum nachvollziehbar sind, z. B. dass mit grünem Strom und grünem Wasserstoff Stahl zu wettbewerbsfähigen Kosten klimaneutral werden soll. Mit Gas und Carbon Capture ginge es schneller und billiger. Dies wird ebenfalls nicht anerkannt. Die Politik nimmt in diesem Kontext die Unternehmen in Geiselhaft für die Erreichung nicht erreichbarer dogmatischer Ziele.³

Klimagefängnis bezeichnet also den aktuellen Zustand, in dem in Deutschland lebende Menschen und ansässige Unternehmen mit tief gestaffelter Regulatorik gezwungen werden, für sehr viel Geld rein nationale Klimaschutzmaßnahmen in sehr engem technologischem Rahmen zu finanzieren, die zur Lösung des Weltklimaproblems fast nichts beitragen und zahlreiche Kollateralschäden verursachen. Naheliegende Alternativen der internationalen Zusammenarbeit, die es gäbe und die z. B. die Schweiz seit Jahren nutzt, werden gesetzlich ausgeschlossen. Das sind massive „Gefängnismauern“.

³ Thoma-Böck, Andrea: Wirtschaftliche Anforderungen. Beitrag für „mitmenschenreden - das Magazin für Mensch & Gesellschaft“ (Herausgegeben von Ralf M. Ruthardt), Februar 2025

Die aktuelle Lage in der Politik

Die aktuelle Lage wird vielerorts diskutiert. Eine Hoffnung ist die neue Bundesregierung. Wir können nur hoffen, dass sie erfolgreich sein wird. Das wird nicht einfach werden. Und zu bedenken ist, dass diese Regierung unter zahlreichen Vorgaben operieren muss, die Teil der Voraussetzung dafür waren, überhaupt eine Regierungsbildung zu ermöglichen.

Unklar ist z. B., ob die neue Regierung die Kosten für einen weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien (bisher aufgebracht: 500 Milliarden Euro), die Kosten für den anstehenden Netzausbau (500 Milliarden Euro) und die Kosten der Stabilisierung des immer volatileren Gesamtsystems, massiv reduzieren wird. Wohl kaum. Die Politik des Ersatzes von grundlastfähigem Strom aus Kern- und Kohlekraftwerken durch erneuerbare Energien wird wohl fortgeführt werden.

Man plant wohl auch den weiteren Ausbau von Sonnen- und Windenergie. Das wäre ein Unglück für unser Land - besonders an windreichen Sommertagen (Hellbrise) und dunklen windstillen Wintertagen (Dunkelflaute). Zur Überbrückung sollen Gaskraftwerke gebaut werden. Das ist gut so, aber nur dann, wenn die immer wieder gestellte „H₂ ready“ Forderung aufgegeben wird. Insbesondere, wenn weiterhin grüner Wasserstoff genutzt werden soll, ist „H₂ ready“ prohibitiv teuer. Zudem werden langfristige und damit günstige Gasverträge verhindert. Immerhin gewinnt Carbon Capture mit der neuen Regierung an Bedeutung. Nicht diskutiert wird leider eine heimische Erdgasförderung unter Nutzung von Fracking, was deutlich preiswerter und emissionsärmer wäre als der heute übliche Flüssiggasimport von weither.

Kernenergieforschung für Systeme der 4. Generation wird wohl nicht umfassend gefördert werden. Man hört auch nur wenig davon, dass das Verbrenner-Verbot aufgehoben wird. Forschungsseitig nicht verfolgt wird ebenso wenig der überzeugende Ansatz von Kopenhagen Atomics, kleine **Thorium-Kraftwerke** einzusetzen, die kaum noch Ressourcen verbrauchen, nuklearen Abfall

verarbeiten können und von der konstruktiven Seite her inhärent sicher sind.⁴ Es bleibt in weiten Teilen beim Steuerungsanspruch des Staates für eine **gesellschaftliche Transformation**, die dem Klimaschutz als globale Herausforderung nicht hilft, aber bestimmte Teile der Bevölkerung und bestimmte, für die grüne Transformation gewünschte Unternehmen, besserstellt. Glücklicherweise hält die neue Wirtschaftsministerin **Katherina Reiche** dagegen und will dem Markt eine deutlich stärkere Rolle einräumen, bei gleichzeitiger technologischer Offenheit. Hoffentlich gelingt ihr das.

Nach wie vor wird im Klimabereich ein sehr einseitiger Krisendiskurs geführt, orchestriert im Tenor des „System Graichen“, das unverändert auch in der neuen Bundesregierung seine Wirkung entfaltet. All das wird mit der **fragwürdigen Position des Bundesverfassungsgerichts** zementiert, welches in seinem Urteil im März 2021 die von den Klägern angeführten, naturwissenschaftlich fragwürdigen Grundlagen, unwidersprochen akzeptiert hat.^{5, 6}

Inzwischen überlegen Nachbarstaaten, ihre Strom-Netzverbindungen zu Deutschland zu kappen bzw. zumindest teilweise vom Volumen her zu begrenzen, damit die negativen Folgen unserer bisher einseitig auf PV und Wind fokussierten Politik nicht die Stromversorgung der Nachbarn in Turbulenzen bringen. Die Kosten, um die es geht, sind astronomisch.⁷ Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages hat mit Blick auf einzelne Studien für die Energiewende bis 2045 Kosten von 13,3 Billionen Euro geschätzt.⁸ Bis dahin sind es 20 Jahre. **Pro Jahr** geht es danach im Schnitt um 665 Milliarden Euro.

⁴ Hahn, Wilfried: Kernenergie jetzt?!: Warum uns die Energiewende Wohlstand und Frieden kostet, Verlag Orgshop GmbH, Oktober 2023

⁵ Vahrenholt, Fritz, Lüning, Sebastian: Unanfechtbar? Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz im Faktencheck, Juli 2021

⁶ Radermacher, F. J.: Stellungnahme zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Bundes-Klimaschutzgesetz, Mai 2021, FAW/n-Report

⁷ Radermacher, F. J.: Marketing management and sustainability, update 2025, Reader "Sustainable Marketing Management" (Meffert et al.) - 2. Auflage

⁸ Deutscher Bundestag: Kurzinformation zur Berechnung der Investitionskosten für die Energiewende: <https://www.bundestag.de/resource/blob/1019134/59b54bba98e93b9fecf43013668d86b3/WD-5-135-24-pdf.pdf>

Ähnlich kritisch beschreibt **Axel Bojanowski** in der „Welt“ die Situation unter der Überschrift „Wie die Klimalobby wirksamen Klimaschutz verhindert“.⁹ Wirksamer Klimaschutz – solche Programme lassen sich nur weltweit realisieren. Aber genau das wollen diejenigen nicht, die uns im Klimagefängnis halten wollen und sich Klimalobby nennen. Das alles verdeutlicht einen wesentlichen Mechanismus der Klimadebatte. Ausgerechnet selbst ernannte Klimaschützer stehen einem wirksamen Klimaschutz mit seinem weltweiten Charakter im Weg. Die Verknüpfung von Klimaschutz mit Verzichtsappellen und Kollektivismus bedient Menschen in einem bestimmten Meinungsspektrum.

Der Einsatz staatlicher Zwangsmaßnahmen macht es jenen, die Wert auf Marktwirtschaft und individuelle Freiheit legen, schwer, sich für Klimapolitik einzusetzen – ihr Widerspruch wird von der Klimalobby unrichtigerweise und sehr gezielt als „Klimaleugnung“ diffamiert. Der pragmatische Ansatz, Klimaschutz als globales Problem zu begreifen und mittels Emissionshandel Schutzmaßnahmen immer zuerst dort zu realisieren, wo sich eine Einheit CO₂ am effizientesten einsparen lässt, wird als „**kapitalistisch**“ diskreditiert. Es fehlt zudem prinzipiell daran, die Maßnahmen immer anhand ihrer CO₂-Effizienz zu beurteilen. Ökonomen, die so argumentieren, werden aus dem Diskurs gedrängt. Die Klimalobby fürchtet den Emissionshandel, denn er würde sie überflüssig machen. Und auch für die **prosperierenden Katastrophen-Einpeitscher** gäbe es keinen Bedarf mehr – gigantisch hohe Summen an Steuermitteln – und nach Umschulung auch viele Mitarbeiter – würden frei für andere Vorhaben.

Aber die wirkmächtige Klimalobby mit ihrem Fokus auf die eigenen Branchen hat dafür gesorgt, dass Beiträge anderer GHG-Vermeidungs-Technologien neben Sonne und Wind, eher ignoriert und außen vorgelassen werden und nicht nach einem optimalen Mix gesucht wird. Mit Kernkraft oder mit Erdgas produzierter Wasserstoff etwa könnte die Energiewende beschleunigen, aber die Klimalobby erlaubt bisher nur „grünen“ Wasserstoff, der mit Wind und Sonne

⁹ Bojanowski, Axel: Wie die Klimalobby wirksamen Klimaschutz verhindert: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus253447332/Wie-die-Klimalobby-wirksamen-Klimaschutz-verhindert.html>

hergestellt wird – von jenen Energieproduzenten, mit denen die Lobby verbandelt ist. E-Fuels könnten Verbrenner-Autos, insbesondere vom Typ Range-Extender, klimaneutral antreiben und sind jetzt auch in der Schweiz zugelassen. Aber bei uns bangt die Klimalobby um ihr Geschäft – sie möchte nur Elektroautos, gespeist von Wind und Sonne, subventioniert vom Steuerzahler.

Eine wirksame Methode der Klimalobby, ihre Macht zu sichern, bildet die irreführende Behauptung, vor allem Desinformation würde Klimaschutz verhindern – und nicht etwa Uneinigkeit über politische Maßnahmen. „Wenn Desinformation das Hauptproblem ist, dann sind die **„schwatzenden“** Klassen von zentraler Bedeutung für den Kampf gegen den Klimawandel“¹⁰ – das bringt den Trick auf den Punkt, mit dem sich das prosperierende Milieu aus „Faktencheckern“ und „Klimakommunikatoren“ selbst in den Mittelpunkt stellt.

Der frühere Ministerpräsident von Hessen, Roland Koch, Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung stellt in seinem Stiftungs-Kommentar vom 14.03.2025 richtigerweise fest: „Zugleich ist durch die mit intensiver Regulierung zwingend verbundene Detail-Steuerung ein Verlust von Technologieoffenheit und Innovationsfreundlichkeit eingetreten“, wobei er hofft, dass dieser Verlust mit der neuen Regierung der Vergangenheit angehören wird. Dem kann man sich nur anschließen. In seinem jüngeren Stiftungs-Kommentar vom 15.05.2025 äußert Roland Koch, dass er große Erwartungen und Hoffnungen an **Katherina Reiche** als Bundesministerin für Wirtschaft und Energie hat. Seit den Zeiten von Ludwig Erhard gehören Grundsatzfragen der Wirtschaftsordnung in dieses Ministerium. An dieses Ministerium richten sich aus seiner Sicht große Erwartungen und Emotionen vieler Menschen. Das Ministerium ist institutionell das **„ordnungspolitische Gewissen der Bundesregierung“**. Das Ministerium soll nicht nur konjunkturpolitische Maßnahmen verwalten, sondern eine grundsätzliche Verantwortung für die Bewahrung des wirtschaftlichen Ordnungsrahmen tragen. Es geht um Rahmensetzung und damit um Ordnungspolitik. Der Staat

¹⁰ Bojanowski, Axel: Wie die Klimalobby wirksamen Klimaschutz verhindert: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus253447332/Wie-die-Klimalobby-wirksamen-Klimaschutz-verhindert.html>

ist dabei gegenüber der Wirtschaft Schiedsrichter und kein Mitspieler. Hoffentlich wird die neue Ministerin im Sinne dieser Anregungen von Roland Koch operieren.

Eine weitere bedauerliche Zementierung des Klimagefängnisses ist die Aufnahme des **Klimaneutralitätsziels 2045 ins Grundgesetz**. Daran haben unter dem Zwang der Verhältnisse alle Träger der neuen Regierungskoalition noch in der Ägide des alten Bundestags mitgewirkt - ein vor dem Hintergrund der Einbettung Deutschlands ins europäische Klimaziel absurdes Ziel. Es wird das Grundgesetz genutzt, um das Gefängnis „wasserdicht“ zu machen und alle Ausgänge zu verbauen. In der EU entweicht als Folge des Gesetzes nicht eine Tonne CO₂ weniger in die Atmosphäre. Aber Deutschland wird mit sinnlosen Milliarden Zusatzkosten belastet: Geschätzt 800 Milliarden Euro, was etwa so viel ist wie die aktuelle gigantische Schuldenaufnahme (irreführend als Sondervermögen bezeichnet). Nein, das ist kein Sondervermögen, sondern das sind weitere, gigantische Schuldenmengen. Jeder in Deutschland soll dies mitfinanzieren, als Insasse des Klimagefängnisses. Wie kann man dem entkommen? Welche politische Mehrheit kann etwas tun?

Wege aus dem Klimagefängnis?

Fassen wir zusammen: Das Klimagefängnis besteht darin, dass naheliegende, wirksame, kostengünstige Klimaschutzbeiträge der Einzelnen oder der Gesellschaft regulatorisch verboten werden. Stattdessen wird jeder in Deutschland gezwungen, ein Programm vom Typ „All-Electric“ und „Klimanationalismus“ mitzutragen/mitzufinanzieren. Bei diesem Programm ist sicher, dass es im Wesentlichen nichts dazu beiträgt, dem Klimawandel als weltweites Problem zu begegnen. Pro Jahr sind dafür mindestens 130 Milliarden Euro und mehr überhöhter Kosten zu decken.¹¹ Klimagefängnis bedeutet, dass wir eine wirkungslose Lösung mit durchschnittlich etwa 1.625 € Zusatzkosten pro Kopf und Jahr im Vergleich zu möglichen vernünftigeren Lösungen bezahlen müssen. Insgesamt ergeben sich die erwähnten 130 Milliarden pro Jahr, die eingespart werden könnten.

Natürlich gibt es auch diejenigen, denen diese 130 Milliarden pro Jahr zufließen. Darunter sind viele **„Gefängniswächter“** – z. B. Menschen, die fragwürdige Begründungen für die verfolgten Klimaprogramme formulieren, entsprechende Taxonomien und Vorschriften entwerfen, diese prüfen, Vorhaben genehmigen etc. und bereits in der Schule Kinder indoktrinieren.

Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) will laut Medienberichten (Südwestpresse, 16.05.2025) zur Erreichung der deutschen Klimaziele mit Blick auf 2040 statt auf Vorschriften vor allem auf den Emissionshandel als zentrales Element seiner Klimapolitik setzten. Das wäre sicher ein Fortschritt gegenüber dem aktuellen Zustand. Die Emissionskosten könnten allerdings sehr hoch werden. Das könnte die Bürger hoch belasten und zusätzliche soziale Probleme zur Folge haben.

¹¹ Radermacher, F. J.: Marketing management and sustainability, update 2025, Reader "Sustainable Marketing Management" (Meffert et al.) - 2. Auflage

Wie schwer der Weg für die neue Regierung werden kann, zeigen Entwicklungen auf EU-Ebene aus jüngster Zeit. Das erste Thema betrifft die **Atomenergie**. Hier ist die Situation mit beeinflusst durch die neuen militärischen Erfordernisse in Europa aufgrund der Unsicherheiten in der US-Politik. Sie führen dazu, dass sich Frankreich und Deutschland bei der Atomkraft annähern. Die deutsche Regierung wird gemäß einem Bericht der Financial Times die französischen Bemühungen zu einer Gleichstellung der Kernenergie mit den erneuerbaren Energien in der EU-Gesetzgebung nicht länger blockieren. Alle Vorurteile gegen die Kernenergie, die hier und da in der EU-Gesetzgebung noch vorhanden sind, sollen beseitigt werden. Dies wird ein **grundlegender politischer Wandel** sein, der das Thema Energie in der EU einfacher machen wird.

Diesem Schritt in die richtige Richtung folgt allerdings parallel ein gegenteiliger Schritt bei einem zweiten wichtigen Thema, nämlich im Bereich des **blauen Wasserstoffs**. Hier wird um einen **delegierten Rechtsakt** aus Brüssel zur Bewertung kohlenstoffarmer Brennstoffe gerungen. Aus Sicht der Gas- und Wasserstoffwirtschaft stellt der vorgesehene Rechtsakt einen schweren Rückschlag für den Wasserstoffhochlauf dar. Dies vor allem wegen des Widerstands gegen „blauen Wasserstoff“ auf der Basis von Erdgas, der allgemein als notwendiger Baustein für eine bezahlbare und verlässliche Transformation angesehen wird. Wird diese Option ausgeschlossen, bleibt nur der „unbezahlbare“ Weg über Elektrolyseure mit erneuerbarer Energie, wenn CO₂-armer Wasserstoff das Ziel ist.

Auch der Autor dieses Textes setzt sich für die Erreichung der deutschen Klimaziele ein, nicht anders, als die neue Regierung. Aber wieviel wirkungsvoller und wieviel preiswerter wäre es, wenn die Regierung dazu die massive Nutzung der **Kompensationsinstrumente** (Artikel 6.4) des Paris-Abkommens in das Zentrum ihrer Politik holen würde. Nach Baku ist das die klügste Option. Die Schweiz geht voran. Noch einmal: international kann eine Tonne CO₂-Emissionen im Süden des Globus für 50 Euro und weniger verhindert werden. Zugleich werden vielfältige positive Co-Benefits für die Menschen in den Ländern des Südens erzeugt. Bei uns werden zur Vermeidung einer Tonne CO₂ teils absurd

hohe Beiträge bezahlt. In einer aktuellen Analyse berichtet der Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. (GdW) im Mai 2025, dass es im Gebäudesektor Beispiele gibt, in denen aktuell 2.000 Euro und mehr an Förderung eingesetzt werden, um eine Tonne CO₂ zu vermeiden. Dies ist in der Sache absurd, erklärt gleichzeitig, warum unsere Art der Klimatransformation nicht bezahlbar ist.

Kaum auszuhalten ist, dass unser teurer Gefängnisweg signifikant die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes reduziert. Das Gefängnis beinhaltet einen **massiven Angriff auf den Lebensstandard in Deutschland**. Das wird die neue Regierung hoffentlich ändern. Das wiederum verlangt echte Reformen. Denn der jetzige Zustand (d.h. die Finanzierungsdefizit dieser Wege) kann auch durch den Zugriff auf Sondervermögen nicht auf Dauer ausgeglichen werden. Wenn sich nicht bald etwas ändert, wird sich die Bevölkerung irgendwann wahrscheinlich wehren und ihrerseits versuchen, die „Ketten zu sprengen“. Das bedroht die Stabilität unseres gesellschaftlichen Systems grundsätzlich.

Gibt es einen Weg aus dem Gefängnis? Das wird schwierig. Die Bevölkerung müsste sich deutlich wehren. Dass sie immer öfter die AfD wählt, hilft leider nicht, im Gegenteil. Aber vielleicht entwickelt die neue Regierung eine geniale Strategie. Offensichtlich ist, dass die Mauern des Klimagefängnisses von den Architekten dieses elaboriert konstruierten Gebäudes klug durchdacht worden sind. Die Automobilindustrie, vor allem viele Zulieferer, sind bereits erheblich geschrumpft. Selbst wenn wir ein alles regelndes Cap and Trade-System in Europa bekämen und unser Vorgehen konsequent an CO₂-Vermeidungskosten ausrichten würden, wäre eine Vorgabe wie „2045 Klimaneutral“ (jetzt im Grundgesetz verankert) natürlich immer noch wirksam und würde uns in Deutschland viel Geld für Zertifikate und Maßnahmen kosten, die letztlich wegen der europäischen Verrechnung keine Klimawirkung entfalten. Des Weiteren gibt es Vorschriften für Kraftstoffe, den Hausbau, die Wärmewende etc., die alle weiter gelten, auch wenn ein alles übergreifendes Cap and Trade-System etabliert würde. Viele Vorschriften sind in vielfältiger Weise miteinander verknüpft.

Deshalb war es ein „Drama“, in Deutschland endlich die Zulassung für HVO-Kraftstoffe für Automobile zu erreichen, die in unseren Nachbarländern längst getankt werden konnten. Der Weg zur HVO-Zulassung in Deutschland war ein Lehrstück für die Hindernisse, die die bestehende Regulierung in unserem Land klugen Veränderungen des Status Quo in den Weg stellt. Tausende Einzelregelungen mussten also zurückgenommen werden. Und diejenigen Fachleute, die dieses Gefängnis aus immer zahlreicheren Vorschriften in Brüssel und Berlin auf der operativen Seite geschaffen haben, sind teilweise unverändert zuständig, auch wenn auf den European Green Deal jetzt der Clean Industrial Deal folgt. Und auf die Ampel eine Schwarz-Rote Koalition.

Viele Personen und Unternehmen, die in diese Prozesse eingebunden sind, würden bei Änderung bisherige Einnahmemöglichkeiten verlieren. Viele werden vor Gerichten klagen, dass sie im Vertrauen auf die Regierung sehr viel Geld in Maßnahmen investiert haben, die sich jetzt nicht mehr rechnen. **Tausendfach wird es um Entschädigungen gehen.** Viel öffentliches Geld, das anderswo dringend benötigt wird, würde abfließen. Anwälten wird die Arbeit an diesen Themen nicht ausgehen und ihnen hohe Geldzuflüsse ermöglichen. Das deutsche Klimagefängnis ist sehr intelligent konstruiert, auch wenn es dem Weltklima nicht nutzt. Es wird nicht leicht sein, es einzureißen bzw. ihm zu entkommen. Die Lage erinnert mit Blick auf die jetzt Zuständigen in der Regierung an Sisyphus, der immer wieder seine Kugel den Berg hinaufrollt, nur damit sie anschließend wieder herunterrollt.

Danksagung:

Ich danke Christof von Branconi (Global Energy Solutions (GES) e. V.) für wichtige Hinweise zu verschiedenen Vor-Versionen des Textes sowie Thomas Frewer (GES e. V.) und Estelle Herlyn (FAW/n) für die Unterstützung bei einer weiteren Revision des Textes.